

Koch, Andreas (ALE Oberbayern - BZA)

Von: Ingrid Heckner, MdL <ingrid.heckner@csu-landtag.de>
Gesendet: Mittwoch, 6. Februar 2013 08:50
An: Koch, Andreas (ALE Oberbayern - BZA)
Betreff: Stellensituation bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung
Anlagen: Bild (Geräteunabhängige Bitmap)

Stellensituation bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung

Sehr geehrter Herr Koch,

für Ihre E-Mail vom 18.12.2012, in der Sie mir von der Stellensituation an den Ämtern für Ländliche Entwicklung berichten, danke ich Ihnen. Gerne nehme ich hierzu Stellung.

Die Ämter für Ländliche Entwicklung unterliegen dem gesetzlichen Stellenabbau nach Art. 6b Haushaltsgesetz. Derzeit verfügt die Verwaltung für Ländliche Entwicklung noch über etwa 1350 von ehemals 2056 Stellen und hat somit bereits mehr als 1/3 ihrer Stellen eingespart. In den kommenden Haushalten sind noch nahezu 300 weitere Stellen einzusparen.

Die exakte Festlegung, welche Stellen welcher Wertigkeit zum Einzug vorgesehen sind bzw. eingezogen werden, trifft das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter Berücksichtigung einschlägiger (gesetzlicher) Bestimmungen und Festlegungen der Staatsregierung.

Nach Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurden – soweit keine anderslautenden Vorgaben vorlagen – die Stelleneinsparungen bisher so vorgenommen, dass den in den entsprechenden Laufbahngruppen verbleibenden Beamten keine Nachteile entstanden. Es wurden also nicht die jeweils durch Ruhestand freiwerdenden höherdotierten Stellen einer Laufbahngruppe eingespart, sondern Stellen des Eingangsamts und des ersten Beförderungsamts.

Durch die damit weiterhin möglichen Beförderungen in die höherdotierten Stellen ergaben sich in der Regel Folgebeförderungen für die Beamten in den niedrigeren Besoldungsgruppen, deren Stellen dann eingespart werden konnten.

In Ihren Aussagen konzentrieren Sie sich auf die Einsparungen in Besoldungsgruppe A 14, weil Sie befürchten, dass damit die Möglichkeiten der modularen Qualifizierung für Beamte der dritten Qualifizierungsebene (3. QE) beschnitten werden.

A 14-Stellen stehen nach wie vor für Beamte der 3. QE nur offen, wenn sie die modulare Qualifizierung erfolgreich durchlaufen haben. Diese wird auch in Zukunft nur einem kleinen Teil der Beamten der Besoldungsgruppe A 13 (3. QE) eröffnet werden. Bei einer Quote von 10 % modular qualifizierter Beamten wären das in der Verwaltung für Ländliche Entwicklung derzeit lediglich 15 Personen. Im Übrigen ist die Quote von 10 % in der Verwaltung mit derzeit 14 Personen nahezu erreicht.

Für den Großteil der Beamten der 3. QE wird die Regelbeförderung nach A 13 erfolgen und für besonders herausragende Beamte wird noch die Besoldungsgruppe A 13 mit Amtszulage zu erreichen sein. Würden nun – anstelle der A 14-Stellen – Stellen der Besoldungsgruppe A

13 eingesparrt, so wird allen Beamten der 3. QE, also auch den Beamten, die für die modulare Qualifizierung in Frage kommen, das reguläre Fortkommen nach Besoldungsgruppe A 13 durch längere Wartezeiten erschwert. Dies wird nicht für vertretbar gehalten und ist sicher auch nicht in Ihrem Sinne. Da ein Beamter das Prüfungsmodul für die modulare Qualifizierung erst absolvieren kann, wenn er in Besoldungsgruppe A 13 ist, wäre bei einer verstärkten Einsparung von A 13-Stellen auch die Zugangsmöglichkeit für die modulare Qualifizierung stärker begrenzt als bisher.

Würden anstelle der A 14-Stellen A 15-Stellen eingesparrt, würden die Beförderungsmöglichkeiten der 4. QE beschnitten werden und damit auch die Beförderungsmöglichkeiten für die modular qualifizierten Beamten in der 4. QE, da weniger A 14-Stellen frei würden als beim derzeitigen Vorgehen.

Im Übrigen kann jederzeit ein Beamter auf einer höherdotierten Stelle geführt werden, aber nicht auf einer niedriger dotierten.

Das bisherige Vorgehen hinsichtlich der Einsparung der Stellen aus verschiedenen Besoldungsgruppen ist durchdacht und wird, soweit vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen kein anderer Rahmen vorgegeben wird – wie beispielsweise mit der Vorgabe der Einsparung von A 16-Stellen – so vollzogen, dass es das Fortkommen der Mitarbeiter möglichst wenig beeinträchtigt.

Der Doppelhaushalt 2013/2014 enthält zudem aus den Hebungspaketen „Umsetzung Neues Dienstrecht“ und „Rückfluss Verwaltung 21“ 14 Hebungen nach BesGr. A 12, 3 Hebungen nach BesGr. A 13 und 2 Hebungen nach BesGr. A 13 + AZ. Die Umsetzung oblag auch dabei dem Ministerium.

Zuletzt möchte ich noch anmerken, dass eine Folge des massiven Stellenabbaus ist, dass seit Jahren nur sehr wenige Nachwuchskräfte eingestellt werden können. Die wenigen Einstellungen haben dazu geführt, dass sich die Beförderungswartezeiten in den meisten Besoldungsgruppen stark reduziert haben. So werden derzeit Beamte der 3. und der 4. QE vom Eingangsamt A 10 bzw. A 13 bereits nach etwa drei Jahren befördert. In früheren Jahren waren diese Wartezeiten erheblich länger, teilweise mehr als doppelt so lang. Die rasche Beförderung kam in der Vergangenheit auch allen Aufstiegsbeamten zu Gute. Seit dem Jahr 2005 lag die Wartezeit für eine Beförderung von A 13 nach A 14 bei maximal 3 Jahren und einem Monat, also lediglich einen Monat über der Mindestwartezeit.

Sehr geehrter Herr Koch, ich danke Ihnen nochmals für Ihre E-Mail und hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen die Stellensituation der Ämter für Ländliche Entwicklung ausreichend dargestellt zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Lp Ull'.

Ingrid Heckner, MdL
Vorsitzende des Arbeitskreises für Fragen des öffentlichen Dienstes
der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag